

**Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie**

Protokoll

41. Sitzung (nicht öffentlich)

29. September 1993

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 12.15 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Mernizka (SPD) (Stellv.)

Stenograph: Theberath

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Anpassung der Sperrzeit für Schank- und Speisewirtschaften an ein gewandeltes Konsumentenverhalten

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/5636

1

Der Ausschuß berät den Antrag und bittet den Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie zur nächsten Sitzung, in der der Antrag abschließend behandelt werden soll, um einen schriftlichen Bericht zu diesem Antrag unter Einbeziehung der Stellungnahmen der Regierungspräsidenten sowie um eine Synopse der derzeit in den anderen Bundesländern geltenden Regelungen.

2 Gemeinschaftsaktion Industriestandort Nordrhein-Westfalen

- Bericht des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

und

**3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1994
(Haushaltsgesetz 1994)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5900

hier: **Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie**

Vorlagen 11/2377, 11/2380 und 11/2415

5

Der Ausschuß behandelt die Tagesordnungspunkte 2 und 3 in einer
zusammengefaßten Diskussion in einem ersten Beratungsdurchgang.

Nächste Sitzungen: 30.09.1993 - Anhörung zum "Tourismus in
Nordrhein-Westfalen"
20.10.1993 - unter anderem: "Aktuelle Situation
in der Stahlindustrie" mit Dr. Ruprecht
Vondran, dem Präsidenten der Wirtschafts-
vereinigung Eisen- und Stahlindustrie,
sowie Dieter Schulte vom Vorstand der
IG Metall, Düsseldorf

2 Gemeinschaftsaktion Industriestandort Nordrhein-Westfalen

Bericht des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

**3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1994
(Haushaltsgesetz 1994)****Minister Einert** erstattet einleitend den folgenden Bericht:

Haushalte sind immer in die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eingebettet. Ich will dazu nur ganz kurz folgende Stichworte sagen:

Wir stehen heute wieder in einer Rezession, die an Schärfe und Tiefe die der Jahre 1975 und 1981/82 übertrifft. Das Bruttoinlandsprodukt des Landes ist im ersten Halbjahr 1993 um 2,9 % unter den entsprechenden Vorjahresstand gesunken. Dieser Wachstumseinbruch ist zwar tiefer als in der Rezession 1975 und auch 1981/82; aber ich füge hinzu - nicht als Trostpflaster, sondern weil wir uns fragen müssen, wie wir in die gesamtwirtschaftliche Situation eingebunden sind -: Im Vergleich zu den vorausgegangenen Wachstumskrisen gibt es nachweisbar eine deutlich gewachsene Widerstandsfähigkeit auch der nordrhein-westfälischen Wirtschaft. Der Abstand zum Rückgang des westdeutschen Sozialproduktes beträgt lediglich noch minus 0,3 %.

In früheren Jahren fanden konjunkturelle Rezessionen überwiegend und fast ausschließlich in Nordrhein-Westfalen statt. Noch 1981/82 sank das nordrhein-westfälische Bruttoinlandsprodukt um rund 2 %; im übrigen Bundesgebiet hielt es sich an der Nullgrenze. Das heißt: Der Rückgang - ich wiederhole es - fand fast ausschließlich in Nordrhein-Westfalen statt. Heute geschieht das umfassend. Das Schlußlicht des westdeutschen Wachstumszuges hat jetzt Baden-Württemberg mit einem Wachstumseinbruch von rund 4 % im ersten Halbjahr erreicht. Ich will damit nur deutlich machen, wie hier konjunkturelle und strukturelle Brüche sich unterschiedlich in allen westdeutschen Ländern - von den ostdeutschen ganz zu schweigen - abgespielt haben. Selbst das "Musterlände" aus der damaligen Diskussion über das Nord-Süd-Gefälle steht heute anders da.

Der schmerzhafteste Strukturwandel der 70er und 80er Jahre und seine bisher - teilweise jedenfalls - auch durchaus erfolgreiche Bewältigung haben die Wirtschaft des Landes auf erneuerte und modernisierte Grundlagen gestellt. Heute sind gut 60 % der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor beschäftigt, gehen sektoraler Wandel und eine weiter wachsende Mittelstandsprägung Hand in Hand mit einem investitions- und umweltgüterorientierten Umbau der Industriestruktur.

Ich darf Ihnen in dem Zusammenhang eine Zahl nennen: Die Zahl der Großbetriebe mit mehr als 1 000 Beschäftigten ist seit 1971 um 33,5 % gesunken, die Zahl ihrer Beschäftigten um mehr als 40 %. Die einstige Dominanz der Montanindustrie ist einer breitgefächerten Investitions- und Verbrauchsgüterindustrie gewichen, auf die heute fast 65 % der Industriebeschäftigten in durchweg mittelständischen Betrieben entfallen. Der Haushalt für 1994 spiegelt diesen Wechsel in den Ziel- und Mittelorientierungen wider.

Das wirtschaftspolitische Problem dieser Zeit ist primär der Verfall der Unternehmensinvestitionen um real fast 18 % im ersten Halbjahr 1993. Das ist der Hintergrund der Haushaltsdiskussionen und auch Haushaltsentscheidungen bisher des Kabinetts und jetzt des Parlaments für den Haushalt 1994.

Sie werden es vielleicht eigenartig finden, wenn ich das so sage, aber ich benutze ganz bewußt diesen Satz. Ich freue mich deshalb, einen Wirtschaftshaushalt 1994 vorlegen zu können, der insbesondere auch mit dieser "Gemeinschaftsaktion Industriestandort Nordrhein-Westfalen" zukunftssichere Zeichen setzt, neue Handlungsmöglichkeiten eröffnet, um auch den Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen zu stärken und weitere Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen.

Der Haushaltsentwurf ist gekennzeichnet durch einen Rückgang der Ausgabenansätze um rund 561 Millionen DM - das sind 17,7 % des alten Haushaltsvolumens - im wesentlichen wegen des Auslaufens zeitlich befristeter Programme im Jahre 1993, andererseits aber durch eine fast 100%ige Erhöhung des Rahmens der Verpflichtungsermächtigungen um rund 1,2 Milliarden DM sowie durch eine progressive und im Verhältnis zum gesamten Landeshaushalt überdurchschnittliche Entwicklung auch der Finanzplanungsansätze bis 1997. Der Einzelplan 08 steigt im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung um durchschnittlich 5,5 %, der Landeshaushalt um 4,2 %.

Ich will das eingangs in aller Deutlichkeit formulieren: Wir haben immer gesagt - das war jedenfalls im Landtag nie streitig -, daß zeitliche Kraftanstrengungen nie bedeuten können, daß sie auf ewige Zeiten gelten. Es muß vielmehr eine bestimmte Aufgabe erfüllt, ein Finanzrahmen abgesteckt werden, und wenn dieser Zeitrahmen abgelaufen ist, ist das Programm zu Ende und gebiert nicht automatisch eine Fortsetzung von Haushaltszahlen für die weiteren Jahre.

Ich will Ihnen dazu ein paar Zahlen nennen. In 1993 laufen aus: das ZIM-Programm mit 76,1 Millionen DM, die Gemeinschaftsaufgabe Montanregionen mit 175,6 Millionen DM, RESIDER in der Phase 1 mit 39,3 Millionen DM, Ziel-2 Phase 1 mit 85,1 Millionen DM, RECHAR Phase 1 mit 28 Millionen DM. Hinzu kommt eine Verminderung des Ansatzes bei der Kokskohlenbeihilfe um 104 Millionen DM und wegen des Vorziehens der Ausgaben im Nachtrag 1993 eine Verminderung des Ausgabenansatzes beim REN-Programm um 46,7 Millionen DM.

Zum letzten Stichwort erinnern Sie sich bitte an die Diskussionen, die wir wegen der riesigen Bugwelle beim Antragseingang aus dem REN-Programm gehabt haben. Wir haben - das verhehle ich überhaupt nicht - erhebliche Schwierigkeiten gehabt, das abzarbeiten. Es hätte normalerweise bedeutet, die alten Haushaltsansätze für die nächsten zwei bis drei Jahre zu blockieren. Wir haben damals die schwierige Entscheidung getroffen, die weitere Hereinnahme von neuen Anträgen einzustellen und uns statt dessen zu bemühen, dem durch ein Vorziehen von Haushaltsansätzen gerecht zu werden. Der Finanzminister hat das mitgemacht, natürlich nicht mit zusätzlichem Geld, sondern indem wir zukünftige Haushaltsansätze vorgezogen haben. Das hat uns in die Lage versetzt, bis zum Ende dieses Jahres die Bugwelle völlig abzarbeiten.

Wir haben dann unter Abzug des Geldes, das wir aus zukünftigen Haushaltsjahren verausgabt haben, und auch durch eine Veränderung der Richtlinien im nächsten Jahr Spielraum und Handlungsmöglichkeiten, wieder an die Erledigung dieser Aufgabe heranzugehen.

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß die Verpflichtungsermächtigungen entscheidend verändert worden sind. Wir hatten in 1993 einen VE-Rahmen von 1,230 Milliarden DM. Wir haben in 1994 einen solchen Rahmen von 2,418 Milliarden DM; das ist eine Erhöhung um 1 188 Millionen DM. Es ist eigentlich eine alte Frage, was höher zu bewerten ist: hohe Baransätze in einem Haushaltsjahr und relativ geringe Verpflichtungsermächtigungen oder umgekehrt? Ich bestreite überhaupt nicht, daß es eine Gefährdung bedeutet, wenn die Baransätze

niedriger sind und die Verpflichtungsermächtigungen hoch, weil man dann sozusagen im Rahmen eines Haushaltsjahres Entscheidungen trifft, die im Ergebnis das "Verfrühstücken" von zukünftigen Haushaltsjahren bedeutet.

Aber unser Wirtschaftshaushalt ist - und ich habe das insoweit ja auch im Laufe der letzten drei Jahre umgesteuert - im wesentlichen ein mittelfristig orientierter Investitionshaushalt, der zusammen mit der Wirtschaft Möglichkeiten der Verbesserung der Wirtschaftsinfrastruktur oder des Handlungsrahmens über einzelne Haushaltsansätze hinaus gewährleistet. Das hat auch mit dem Finanzminister erheblicher Diskussionen bedurft. Zwischen dem legitimen Interesse und der auch durch die Haushaltsordnung vorgegebenen Verpflichtung des Finanzministers, sich im Rahmen von einjährigen Haushaltsplänen zu orientieren, und der Notwendigkeit, über den Tellerrand eines Jahres hinaus mittelfristige Entscheidungen zu treffen, muß ein Kompromiß gefunden werden.

Wir haben uns weitgehend auf diese Linie verständigt. Das bedeutet auch - Sie erinnern sich an unsere Diskussion über Haushaltsreste -, daß man ein solch mehrjähriges Investitionsprogramm vernünftiger steuern kann, weil im Anlauf ja relativ wenig Baransätze benötigt werden. Wenn Sie ein Investitionsprogramm in der Technologie auflegen oder Flächensanierung betreiben, ist, ehe die Planungsgrundlagen vorhanden sind, ehe die Unternehmen ihre Investitionsentscheidungen getroffen haben, ehe das umgesetzt werden kann, vielleicht auch aufgrund von Einsprüchen und ähnlichem mehr Planungsrecht geschaffen ist, das erste Jahr vorbei. Sie haben dann trotz Verkürzung der finanziellen Ressourcen erhebliche Haushaltsreste, und das ist kein gutes Zeichen.

Hinzu kommt noch die Änderung der Haushaltsordnung, was bedeutet, daß es keine Übertragung von Haushaltsresten mehr gibt. Sie müssen dann, selbst wenn Sie das Geld nicht ausgegeben haben, nach der gesetzlichen Grundlage im Rahmen des nächstjährigen Haushaltsansatzes für die Möglichkeit, Haushaltsreste aus dem letzten Jahr in Anspruch zu nehmen, zusätzliche Deckung aus bestehenden Ansätzen gewährleisten. Das ist ein unmöglicher Zustand! Der bringt Sie völlig durcheinander und gibt überhaupt nicht die Chance, eine vernünftige, gleichmäßige mittelfristige Finanzplanung zu betreiben.

Wir haben uns deshalb auf dieses Verfahren verständigt. Ich halte das für einen ganz zentralen Punkt. Das setzt aber auch voraus, daß sich bei der Abwicklung des Haushalts alle Beteiligten - natürlich die Administration, aber auch diejenigen, die Anträge stellen - darüber im klaren sein müssen, daß es nicht angehen kann, daß im ersten Jahr, nur um Aktivität zu dokumentieren, alles ausgegeben

wird. Es muß sich wirklich im Rahmen solcher mittelfristigen Investitionsentscheidungen halten.

Das ist auch der Hintergrund des Programms für Industrieregionen im Strukturwandel, für die wir diese 1,9 Milliarden DM bereitgestellt haben. Von diesem Programm entfallen allein auf den Wirtschaftshaushalt rund 1,5 Milliarden DM und etwa 400 Millionen DM auf den Einzelplan des MAGS, weil die Frage der Qualifizierung dabei immer eine zentrale Rolle spielt.

Für diese Programm, wenn es denn der Landtag akzeptiert, werden im Jahr 1994 in verhältnismäßig geringem Umfang Ausgabemittel für die Anfinanzierung und überwiegend Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt.

Ich muß jetzt noch einmal den Zusammenhang zwischen der Verkürzung der Haushaltsansätze 1994, im wesentlichen der Baransätze, gemessen an 1993 um 561 Millionen DM, und der Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen um 1,2 Milliarden DM herstellen. Das bedeutet, daß aufgrund auch der neuen Programminitiative im Jahre 1994 neben den Ansätzen zur Anfinanzierung - rund 76 Millionen DM - zusätzlich 1,2 Milliarden DM für wirklich neue wirtschafts- und strukturpolitische Maßnahmen zur Verfügung stehen.

Ich füge hinzu: Das im Jahre 1993 um rund 561 Millionen DM höhere Ausgabenvolumen diente ausschließlich der Ausfinanzierung bereits in den Vorjahren bewilligter Projekte. Neue wirtschafts- und strukturpolitische Initiativen gingen von diesem hohen Ausgabenvolumen nicht aus. Die haushaltspolitischen Handlungsmöglichkeiten sind also im Jahre 1994 bedeutend höher als in 1993. Im Jahre 1993 hatten wir in hohem Maße ein Abfließvolumen aus in früheren Jahren bewilligten Projekten.

Wofür wird das Land nun diese Aktivitäten im wesentlichen verwenden? Wir haben zwei Ansatzpunkte. Das eine ist das, was mit ungefähr 1,5 Milliarden DM die EG/NW-Programme ausmacht. Darin haben wir eine vorgegebene Förderkulisse der gebietlichen Abgrenzung. Die ist nun einmal nach den streitigen Verhandlungen im Bund-Länder-Planungsausschuß und mit der EG nicht allein durch uns zu entscheiden.

Wir werden uns in diesen Teilbereichen, die in einem hohen Maße auch von den Zielvorgaben der Verwendungsmöglichkeiten vorgeprägt sind, soweit es die wirtschaftsnahe Infrastruktur angeht, ausschließlich an die Prioritäten auch der regionalen Entwicklungskonzepte halten. Wir würden sonst das Vertrauen in die

regionalisierte Strukturpolitik enttäuschen, wenn wir jetzt anfangen, völlig neue Projekte "aus dem Hut zu zaubern".

Das zweite gilt vor allen Dingen auch für den Landesteil und die Landesaufgabe im Haushalt, also die rund 450 Millionen DM minus der bereits beschlossenen Maßnahmen in den drei Krisenregionen, die nicht Fördergebiete sind, aber auch das sogenannte Landesprogramm. Ich sage in aller Deutlichkeit: Im Rahmen dieser reinen Landesmittel werden wir absolute Priorität für Investitionen und Projekte in den Nicht-Fördergebieten einräumen. Das wird eine Menge Ärger hervorrufen; das prophezeie ich jetzt schon. Aber ich bin bereit, diesen Ärger auszustehen. Denn wir haben nun einmal - deshalb habe ich Ihnen vorhin die Zahlen der wirtschaftlichen Entwicklung genannt - flächendeckend in Nordrhein-Westfalen Einbrüche in einem Ausmaß, wie wir sie früher nicht gehabt haben. Das sind und werden wahrscheinlich keine Förderregionen; aber wir können den Leuten nicht ständig sagen: Unsere Infrastrukturmittel können wir wegen der Gebietskulisse mit der EG bei der Gemeinschaftsaufgabe Bund/Land nur in den dort fixierten Förderregionen festlegen. Das sind die Regionen zunehmend nicht mehr zu akzeptieren bereit.

Sie wissen: Ich habe vor einiger Zeit eine Pressekonferenz über die zweite Studie von Polis über die Akzeptanz regionalisierter Strukturpolitik abgehalten; die erste haben wir vor genau einem Jahr anfertigen lassen. Vor einem Jahr hat sich noch gezeigt, daß wir ein hohes Maß an Solidarität in den verschiedenen Regionen des Landes hatten, daß sie bereit waren, auch auf eigentlich ihnen "zustehendes" Geld im Sinne von Solidarität mit den besonders betroffenen Krisenregionen zu verzichten. Aufgrund der wirtschaftlich dramatischen Entwicklung innerhalb eines Jahres hat eine gewisse Entsolidarisierung stattgefunden. In den anderen Regionen, in denen es auch bricht - im Werkzeugmaschinenbau in Ostwestfalen, bei den Automobilzulieferern in der Region Köln und wo auch immer - wird auch gesagt: Was tut ihr für uns? Sie schreien nicht einfach nach Geld, sondern fragen: Welche vernünftigen strukturpolitischen Ansätze habt ihr für uns, damit wir wenigstens das Gefühl bekommen, regionalisierte Strukturpolitik finde überall im Lande statt?

Zur Bewältigung von Problemen, zur Verteilung, zu Investitionszuschußentscheidungen besteht kein Bedarf nach neuen Konferenzen. Es wird keine Verteilungsquoten geben und keine globale Zuweisung von Geld. Ich halte nach wie vor die seinerzeitige Entscheidung der Landesregierung für richtig, in den einzelnen Regionen, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, zur Erarbeitung von regionalen Entwicklungskonzepten solche Regionalkonferenzen zu veranstalten.

Ich halte ebenfalls die Entscheidung für richtig - man muß manchmal auch die Betroffenheit von Menschen berücksichtigen -, diese Wirtschaftskonferenzen in den vor allen Dingen betroffenen Stahlregionen durchzuführen, und zwar nicht nur im Ruhrgebiet, sondern eben auch in Krefeld, in Witten, in Siegen, in Hagen.

Aber jetzt haben wir zunehmend in allen Regionen regionale Entwicklungskonzepte. Wir brauchen dort also keine Konferenzen und Gespräche mehr zu führen, sondern wir wissen, was die Regionen prioritär wollen, und wir wissen auch, was in den hauptsächlich betroffenen Regionen etwa im Stahlbereich und anderswo passiert.

In diesem Zusammenhang eine letzte Bemerkung zu dem Stichwort "Gemeinschaftsaktion Industriestandorte"! Es wird, wenn möglich, keine betrieblichen Subventionen mehr geben. Dieses Programm ist kein Konjunkturprogramm. Damit würden wir uns auch völlig verheben, wenn wir uns einbilden würden, wir könnten das leisten. Das kann heute niemand mehr; ich glaube, sogar auf Bundesebene ist es nicht mehr möglich.

Wir müssen auch ganz klar und deutlich formulieren: Es gibt damit auch keine Überlebensgarantie für betroffene Betriebe, welcher Branche auch immer. Was wir tun, ist vielmehr, stärker als bisher neben den Ansatzpunkten Fläche, Qualifizierung, Technologieprojekte noch stärker projekt- und objektorientiert unsere Ansätze zu gewähren und zunehmend Kooperations- und Verbundmodelle in den Vordergrund unserer Bemühungen zu stellen.

Was wir vor einiger Zeit mit der Landesinitiative Bergbauzulieferer begonnen haben, was wir trotz aller Schwierigkeiten, die viele Ursachen hat, aber doch in einem positiven Sinne auch weiterhin nach vorn pushen können, wollen wir jetzt noch stärker in anderen Bereichen tun, etwa im Bereich einer solchen Initiative bezüglich der Automobilzulieferer. Es herrscht heute zum Teil noch die Philosophie: Hauptsache, ein bestimmter Prozentsatz unserer Konkurrenten stirbt; dann kann der Rest besser überleben. Es ist zwar verständlich, daß so gedacht wird; aber der Ansatzpunkt ist falsch. Denn es ist nicht nur ein konjunktureller Ansatz, sondern ein struktureller.

Hier findet also ein riesiger struktureller Umbruch im Gesamtbereich der Automobilzulieferer statt. Es ist unsere Aufgabe, das mitzuorganisieren, auch durch Moderation, daß nämlich zunehmend im Bereich von Verbundsystemen, von ganzen Aggregatangeboten, auch zur Frage der Systemlieferanten eingeladen

wird. Die bisherigen Gespräche auf Arbeitsebene haben ein hohes Maß an Bejahung unserer Aktivitäten gebracht, was wir etwa aus dem Bereich von Automobilzulieferern hören. Wir sind ja im Gespräch mit den Unternehmen selber. Es hat doch keinen Zweck, so etwas an den Unternehmen vorbei zu organisieren, sondern das funktioniert nur, wenn man es mit ihnen macht.

Ich kann nicht eine absolute Garantie dafür übernehmen. Aber ich denke, es ist die Anstrengung wert, so etwas zu betreiben.

Das gleiche gilt auch für das, was wir in bezug auf Automobilrecycling im Verbund betreiben wollen und was wir hoffentlich in den nächsten Tagen mit zwei Ansatzpunkten in die Praxis umsetzen können, wiederum zusammen mit den Wirtschaftsunternehmen, nicht allein.

Die nächste Aufgabenstellung wird sein, ein solches Verbund - und Kooperationsmodell zunehmend im Bereich von Elektronikschrott zu organisieren. Das sind Probleme, bei denen einzelne mittelständische Unternehmen allein und isoliert das überhaupt nicht anpacken können. Das ist der Ansatzpunkt für eine solche konzertierte Aktion in diesem Zusammenhang.

Die haushaltswirtschaftlichen Anstrengungen des Landes sind also im Jahre 1994 außergewöhnlich hoch, und sie sind vergleichbar mit den Anstrengungen aus den Jahren 1987 und 1988, als es ja zur Bewältigung der krisenhaften Entwicklungen in den Montanregionen zu einer solchen konzertierten Aktion zwischen Nordrhein-Westfalen, dem Bund und der EG gekommen ist und aufgrund einer Entschließung des Landtags aus 1987 und der Ruhrgebietskonferenz, der sogenannten "Bundeskanzlerkonferenz", in 1988 insgesamt ein Volumen von etwa 2,1 Milliarden DM bewegt worden ist. Damals beteiligten sich allerdings der Bund noch mit rund 400 Millionen DM und die EG mit 134 Millionen DM; das Land brachte damals 1,18 Milliarden DM auf.

Die für 1994 vorgesehene Programminitiative wird ohne Bundesbeteiligung ausschließlich aus Mitteln des Landes und der EG finanziert. Dieses Programm ist sozusagen auch der Schwerpunkt und das politische Kernstück im Einzelplan 08, bei dem wir wirklich auch Handlung bringen können und nicht nur, wie in anderen Bereichen, reine Durchlaufposten für Mittel sind, die bei uns eingestellt sind und automatisch in andere Bereiche abfließen.

Die Zahlen habe ich genannt: 1,5 Milliarden DM bei uns, 400 Millionen DM im Haushalt des Arbeits- und Sozialministers. Landesprogramm, Aufteilung in Programmphasen, habe ich ebenfalls bereits ausgeführt.

Vielleicht noch einmal zusammenfassend: Von dem Gesamtvolumen von rund 2 Milliarden DM sind 1,1 Milliarden DM EG-Programme; davon entfallen auf die EG rund 590 Millionen und 510 Millionen DM auf das Land Nordrhein-Westfalen. Das heißt: In diesen neuen Programmphasen der EG können also fast 600 Millionen DM EG-Mittel für Nordrhein-Westfalen eingeworben werden. Für 1994 sind davon 43 Millionen DM Ansatzmittel und 1,06 Milliarden DM als Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen.

Die Einzelentscheidungen bei den Programmen mit der EG - das muß ich hier fairerweise hinzufügen - sind bei der EG noch nicht bis zum letzten Betrag mit zwei Stellen nach dem Komma getroffen, sondern es gibt Grundsatzentscheidungen der EG, daß wir in den Bereichen RESIDER, zweite Phase Ziel-2 und RE-CHAR, zweite Phase, wohl so zu Rande kommen werden. Aber eine endgültige Entscheidung steht in vielen Spitzenberechnungen bei der EG noch aus. Wir konnten aber schließlich nicht warten; denn der Landtag will den Haushalt beraten und verabschieden. Also müssen wir mit einem Quentchen Unsicherheit in diesem Teilbereich arbeiten.

Wir haben erstmalig in 1994 neu veranschlagt das NRW/EG-Programm KON-VER zur Finanzierung von Projekten in Gebieten, die vom Truppenabbau betroffen sind. Das Gesamtvolumen des Programms beträgt im Haushalt 08 für die Jahre 1994 bis 1997 insgesamt 136 Millionen DM. Das ist nicht die Welt, wenn man das auf die vier Jahre verteilt, und wird je zur Hälfte von Land und EG aufgebracht. Aber wenn sich schon die EG in bezug auf Konversionsprogramme für die Folgen von Truppenreduzierung etwas einfallen läßt, kann ich ja nicht sagen, das sei mir zuwenig, und deshalb mache ich gar nichts.

Zu den anderen Programmen kann ich mich zumindest in der Einführung relativ kurz fassen: Wir denken, daß wir durch den Abbau von vielen kleinen "Programmchen" und eine weitere Konzentration auf die fünf Förderbausteine "Gründung und Wachstum", "Beratung", "Auslandsmärkte", "Technologieprogramm Wirtschaft" und "Regionale Wirtschaftsförderung" auch einem Petitem des Landtags entgegengekommen sind. Insofern besteht auch nicht mehr ein Programmwarr.

Wir werden für den Haushalt 1994 das in diesem Jahr begonnene Thema "Programmwirksamkeit" in bezug auf Straffung und mehr Transparenz in den Förderprogrammen fortsetzen. Wir glauben, daß wir trotz einiger bescheidener Kürzungen in bestehenden Programmen die Wirksamkeit der Programme auch in 1994 gewährleisten können.

Der "Handlungsrahmen Kohlegebiete" wird ungekürzt weitergeführt, allerdings haben wir zustimmen müssen, daß wir den Finanzierungszeitraum, der ursprünglich bis 1995 vorgesehen war, bis 1997 verlängern. Das bedeutet eine Streckung und damit eine Entlastung der einzelnen Haushaltsjahre. Dies war auch eine Auflage des Finanzministers, die ich verstehe, um auch die Steigerungsraten des Haushaltsvolumens im Griff zu behalten.

Im übrigen bin ich gar nicht so traurig darüber; denn es hat sich doch gezeigt, daß die Abwicklung von Fördermaßnahmen, da es fast alles Investivmaßnahmen sind, einen längeren Zeitraum beansprucht, als das manchmal ursprünglich vorgesehen war. Wenn man nur Geld in Form von Zuschüssen gibt, ist das eine relativ einfache Übung: Es wird einmal entschieden, dann wird Geld überwiesen, und damit ist der Fördervorgang beendet. Man ist das Geld los und braucht sich um Reste nicht mehr zu kümmern. Allerdings haben sie dann auch hinsichtlich der Strukturverbesserung nur einen sehr limitierten Erfolg. Deshalb setzen wir mehr auf etwas längerfristige Entscheidungsräume.

Die Finanzierungshilfen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur haben wir gegenüber 1993 um 17 Millionen DM gekürzt. Aber wir haben im Finanzplanungszeitraum ab 1995 wieder ein Fördervolumen von 80 Millionen DM eingesetzt.

Die relativ geringfügigen Kürzungen beim Programm zur Förderung des Handwerks und beim Kreditberatungsprogramm bewegen sich in einem Maße, wie es haushaltswirtschaftlich zwar notwendig war, wo wir aber glauben, daß es langfristig die Wirksamkeit dieser Ansätze nicht stört.

Bei den Regionalstellen "Frau und Beruf" gilt für uns nach wie vor: Auf der Grundlage der bisherigen Beschlüsse sind sie im Haushalt mit einer zwei- bis dreijährigen Auslaufphase finanziert. Es gibt keine neuen Regionalstellen. Ob sich das in der Wirklichkeit so umsetzt, wie wir das am Beginn erwartet haben, weiß ich nicht. Gibt es Diskussionen im Parlament über eine generelle Fortsetzung dieses Programms "Frau und Beruf", dann muß man sie an anderer Stelle mit anderen Finanzierungsgrundlagen weiterführen. Für den Wirtschafts-

minister und seinen Haushalt gilt jedenfalls eindeutig, was ich formuliert habe: eine zwei- bis dreijährige Auslaufphase.

Die Ausgaben für die Verbraucherberatung erhöhen sich um 1,1 Millionen DM. Aber ich verhehle nicht, daß sich diese Höherdotierung aus der Bewertung der Stellen nach BAT und aus tariflichen Erhöhungen ergibt. Es ist keine substantielle, keine strukturelle Erhöhung der Aktivitäten bei der Verbraucherberatung. Neue Verbraucherberatungsstellen sind 1994 nicht vorgesehen.

Unsere Aktivitäten und die der Verbraucherzentrale in bezug auf die sogenannten Altstädte sind nur von einem etwas limitierten Erfolg begleitet. Ich verstehe das auch: Den Kommunen steht finanziell das Wasser ebenfalls bis zum Hals. Jetzt erhebliche Steigerungen der prozentualen Beteiligung kurzfristig zu realisieren, ist für die Kommunen zum Teil die Quadratur des Kreises.

Das bedeutet: Wir werden neben der Erhöhung wegen Eingruppierungsfragen und aus tariflichen Gründen strukturell die Ansätze nicht erhöhen, und ich will sie auch nicht erhöhen. Wenn eine Fraktion das tun will und dafür Finanzierungsmöglichkeiten sieht, ist das in Ordnung. Ich berichte hier nur, was zu der Entscheidung im Kabinett und zu der Formulierung im Haushaltsentwurf geführt hat. Das Parlament ist frei, anders zu entscheiden. Ich trage hier nur vor, was die Grundlagen der Debatten gewesen sind, und zu dieser Entscheidung habe ich schließlich auch ja gesagt. Deshalb verantworte ich sie auch mit. Ich hätte die Ansätze auch gern erhöht; aber es geht eben nicht.

Wir haben uns ebenfalls im Bereich der beruflichen Bildung sehr schwergetan. Aber ich denke, das halten wir durch.

Für das Technologieprogramm Wirtschaft haben wir wie 1993 120 Millionen DM eingesetzt.

Zum REN-Programm habe ich bereits einiges gesagt. Es ist gegenüber 1993 um 46,7 Millionen DM geringer veranschlagt; aber jeder wußte: Da wir im Nachtragshaushalt 1993 sämtliche zur Ausfinanzierung des alten Programms benötigten Mittel zusätzlich bewilligt bekommen haben, war deren Veranschlagung in 1994 nicht mehr aufrechtzuerhalten und auch nicht mehr durchsetzbar.

Zur Förderung des Bergbaus und der Energiewirtschaft werden in 1994 rund 1,1 Milliarden DM eingesetzt. Das sind rund 168 Millionen DM weniger als 1993. Hier machen wir eine automatische Kursgleichheit mit den Vorstellungen

und den Haushaltsansätzen des Bundes. Der Bund und das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft ermitteln aufgrund von Währungsrelationen und Ausgabevolumina aufgrund bestehender Verträge die Ansätze des Bundes, und wir erstatten ja nur dem Bund ein Drittel der Ausgaben.

Das ist heute manchmal etwas im Streit; deshalb benutze ich ganz bewußt diese rechtlich zutreffende Formulierung: Der Bund hat eine Regelung der Übernahme der Kokskohlenbeihilfe getroffen, und das Land hat sich im internen Verhältnis vor Jahren verpflichtet, dem Bund ein Drittel seiner ihm entstehenden Kosten im Sinne eines freiwilligen Vertrages zu erstatten - nichts anderes! Einige sollten sich in der gegenwärtigen Diskussion einmal daran erinnern.

Dieses geringere Volumen setzt sich wie folgt zusammen: bei der Kokskohle minus 103,9 Millionen DM, beim Revierausgleich minus 25,5 Millionen DM, bei den Erblasten minus 5 Millionen DM, bei der Kapazitätsanpassung 29,2 Millionen DM. Ich sage nochmals ausdrücklich: Diese Summen sind automatisch von der Haushaltsrechnung des Bundes übernommen. Ob sie so auf Dauer auch im Rahmen des schon bestehenden Vertrags- und Regelwerkes Gültigkeit haben, weiß ich nicht. Hier können Währungsveränderungen und Auswirkungen anderer Art durchaus zu einer Revision führen. Diesen Vorbehalt muß ich machen.

Der Entwurf des Personalhaushalts enthält keine neuen Stellen, vielmehr verringert sich der Bestand im Geschäftsbereich durch Vollzug von kw-Vermerken um insgesamt 6 Stellen, davon im Ministerium 5 Stellen, in den nachgeordneten Behörden eine Stelle.

Ein letzter Satz! Die Organisationsuntersuchung der Bergverwaltung ist abgeschlossen. Eine stellenplanmäßige Umsetzung der sich aus dem Gutachten ergebenden Änderungsvorschläge kann frühestens im Rahmen einer möglichen Ergänzung zum Haushaltsentwurf 1994 erfolgen. Das Gutachten über die Organisationsuntersuchung des Staatlichen Materialprüfungsamtes wird wahrscheinlich noch im Oktober dieses Jahres vorliegen. Mögliche Auswirkungen auf den Personalhaushalt könnten also frühestens in einem denkbaren Nachtragshaushalt 1994 berücksichtigt werden. Die übrigen nachgeordneten Behörden und das Ministerium selber stehen ab 1994 zu einer solchen Überprüfung an.

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
41. Sitzung

29.09.1993

the-hu

Abgeordneter Meyer (CDU) führt aus, der Minister habe den Haushalt schöner dargestellt, als er, Meyer, ihn empfinde. In Wirklichkeit vollziehe der Haushalt - mit Ausnahme der Pflichtaufgabe Kohle - Positionen nach, in denen die EG die Vorgaben liefere. Darüber hinaus gebe es nur einen sehr kleinen "freiwilligen" Bereich.

Er fragt, wieviel Prozent des Gesamthaushalts für das ganze Land zur Verfügung stünden und welcher Anteil regional gebunden sei. Wenn man die Programme durchgehe, werde deutlich, daß sich der allergrößte Teil des Wirtschaftshaushalts, auch wieder durch EG-Vorgaben verursacht, nur auf wenige regionale Teile des Landes beziehe. Mit Fug und Recht könne man davon reden, daß man es in diesem Bereich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, mit einem Regionalhaushalt, im engeren Sinne mit einem "Regionalhaushalt Ruhrgebiet" zu tun habe.

Er mache dies nicht ausschließlich dem Wirtschaftsminister zum Vorwurf, weil die Programme halt mit den entsprechenden Einschränkungen versehen seien. Tatsache sei aber, daß man in wesentlichen Teilen lediglich die Komplementärfinanzierung zustande bekomme und darüber hinaus nichts geschehe. Wenn man einmal die Kohle außer Betracht lasse, dann sei beim freien Teil von Wirtschaftsförderung im weitesten Sinne innerhalb der beiden letzten Jahre ein Rückgang der Mittel um 40 % festzustellen.

Er frage sich, wie man dies als Wirtschaftsminister noch verantworten könne. Zwar stehe der Minister in der Kabinettsloyalität und müsse dementsprechend den vom Kabinett beschlossenen Haushalt mittragen. Aber man müsse schon aufpassen, daß man sich hinsichtlich des Wirtschaftshaushalts nicht selbst etwas vormache. Es sei schon sehr eng geworden, um den Prozeß des Strukturwandels noch mit Maßnahmen des Landes vernünftig begleiten zu können.

Wenn man bedenke, wie sich der Wirtschaftsminister in aller Öffentlichkeit und auch hier im Ausschuß zum Beispiel zur Flexibilisierung der Arbeitszeiten geäußert habe und wie dann sein Kollege Sozialminister im zuständigen Bundsratsausschuß gegen entsprechende Änderungen des Arbeitszeitgesetzes gestimmt habe, dann dränge sich, verstärkt durch die zuvor von ihm angesprochenen Haushaltsdaten, die Frage auf, wie groß der Einfluß des Wirtschaftsministers in dieser Landesregierung überhaupt noch sei. Dabei müßte in der jetzigen wirtschaftlichen Situation seines Erachtens gerade der Wirtschaftsminister der mächtigste Mann im Kabinett sein.

Minister Einert stellt klar, daß der Bundesrat in seiner Plenarsitzung am vergangenen Freitag zu hundert Prozent den Vorstellungen des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministers gefolgt sei und entsprechende Änderungen des Arbeitszeitgesetzes beschlossen habe. Dabei verhehle er nicht, daß es hinsichtlich der Novellierung des Arbeitszeitrechts durchaus Meinungsunterschiede zu den Sozialpolitikern der Bundestagsfraktion und auch im Kreise der SPD-regierten Länder gegeben habe. Entscheidend aber sei das Ergebnis.

Abgeordneter Meyer (CDU) möchte wissen, ob zum Beispiel ein Textilbetrieb im Münsterland Sonntagsarbeit genehmigt bekommen könne, weil eine Konkurrenzsituation zu holländischen Unternehmen gegeben sei.

Der **Minister** weist darauf hin, daß der Bundesrat den Vorbehalt gemacht habe, Einzelheiten in einer Rechtsverordnung festzulegen. Bei der zunehmenden Konkurrenzsituation, die bis zur Existenzgefährdung reiche, gehe er jedoch davon aus, daß, wenn sich die Tarifvertragsparteien beziehungsweise die betrieblichen Partner verständigt hätten, eine solche Ausnahmegenehmigung erteilt werde.

Allerdings, so fügt der **Minister** hinzu, wäre er froh, wenn viele Unternehmen und Unternehmer mehr Phantasie und Kreativität im Ausnutzen der jetzt schon gegebenen Rahmenbedingungen entwickelten.

Wenn danach gefragt werde, was das Land noch selbst bewegen könne, dann verweise er zum Beispiel auf das TPW mit 120 Millionen DM, die Landesförderung mit 70 Millionen DM, das REN-Programm mit 40 Millionen DM. Beim Zusammenzählen dessen, worüber das Land außerhalb der Förderregionen frei verfügen könne, komme man auf ein Volumen von rund 690 Millionen DM, was nicht gerade eine Kleinigkeit sei. Und wenn man für die Fördergebiete noch die EG/NW-Programme hinzunehme, dann könne man nach seinem Dafürhalten in Nordrhein-Westfalen eine ganze Menge an Strukturpolitik bewegen. Bei intelligenter Verausgabung der Gelder könne man damit recht viel Effizienz erzielen.

Abgeordneter Dr. Busch (GRÜNE) geht zunächst auf die Aussage des Ministers ein, daß der Einzelplan 08 in der mittelfristigen Finanzplanung um 5,5 %, der Gesamthaushalt dagegen nur um 4,2 % steige. Dabei habe der Minister geflissentlich den Absturz zu Beginn des Betrachtungszeitraums übersehen: Allein die Ausgabenminderung um 560 Millionen DM für den Haushalt 1994 senke das Ausgangsniveau derma-

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
41. Sitzung

29.09.1993
the-hu

ßen ab, daß man in dem zur Diskussion stehenden Zeitraum nicht auf das alte Niveau zurückkommen werde, wobei Preissteigerungen und dergleichen noch gar nicht berücksichtigt seien. Es bleibe also festzustellen, daß man es mit einer drastischen Kürzung zu tun habe.

Die Diskussion über Baransätze oder Verpflichtungsermächtigungen halte er für ein Ablenkungsmanöver. Entscheidende Meßlatte für ihn sei, wieviel Geld faktisch zur Verfügung stehe. Auch wenn von einem "mittelfristig orientierten Investitionshaushalt" gesprochen werde, ändere das nichts an der Tatsache, daß massive Kürzungen erfolgt seien.

Wenn die Landesregierung beispielsweise den Kohleregionen für die Jahre 1992 bis 1995 soundso viele Milliarden versprochen habe und diesen Betrag nun bis 1997 strecke, dann sehe er darin nichts anderes als eine reale Kürzung der zur Verfügung stehenden Mittel.

Beim Handlungsrahmen für die Kohleregionen sei festzustellen, daß nicht nur die jetzigen Soll-Ansätze hinter den ursprünglich im Haushalt dargestellten Soll-Ansätzen, sondern auch die Ist-Ausgaben noch wesentlich hinter den schon korrigierten Soll-Ansätzen zurückblieben, so daß in der Tat eine massive Ausdünnung stattgefunden habe. Er fragt nach Gründen dafür, daß für den "Handlungsrahmen Kohlegebiete" so wenig Geld ausgegeben werde.

Ministerpräsident Rau habe von zusätzlichen 2 Milliarden DM für Nordrhein-Westfalen gesprochen. In Wirklichkeit stelle man jedoch fest, daß für Nordrhein-Westfalen real weniger Geld zur Verfügung stehe. In diesem Zusammenhang müsse er CDU und F.D.P. eine falsche Debattenstrategie vorhalten: Wenn man zu einem Zeitpunkt, in dem die Mittel für den Wirtschaftshaushalt gekürzt würden, über die Finanzierung eines solchen Strukturprogramm rede, erwecke man in der Öffentlichkeit den Eindruck, als sei durch "Taschenspielertricks" immerhin etwas Vernünftiges finanziert worden. Sogar die der CDU und der F.D.P. nahestehende Presse habe berichtet, daß 2 Milliarden DM über fragwürdige Rücklagen finanziert worden seien, wobei aber stets die Meldung über die zusätzlichen 2 Milliarden DM im Vordergrund gestanden habe.

Der Minister habe von Kooperations- und Verbundmodellen gesprochen und in dem Zusammenhang erwähnt, daß Aggregatangebote und Systemlieferanten gefördert werden sollten. Ihn interessiere, wie dies konkret vonstatten gehen solle.

In ihren Anträgen zum Haushalt hätten die GRÜNEN in den Vorjahren Kürzungen der direkten Unternehmenssubventionierungen gefordert. Er bittet um Auskunft, wie sich die dafür vorhandenen Mittel auf pauschale Unternehmenssubventionen und auf Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur im weitesten Sinne aufteilen.

Zur Frage nach dem Handlungsrahmen für die Kohlegebiete verweist der **Minister** auf eine im Landtag vor der Sommerpause zugeleitete detaillierte Zusammenstellung darüber, welche Summen belegt seien, für welche Handlungsfelder und in welche Regionen der Abfluß erfolge und dergleichen mehr.

Abgeordneter Dr. Busch (GRÜNE) macht geltend, daß ausweislich des Haushaltsplanentwurfs im Jahre 1992 35 Millionen DM und damit nur ein Sechstel der zur Verfügung gestellten Mittel ausgegeben worden seien, so daß die Frage nach den Gründen dafür sicherlich erlaubt sei.

Minister Einert weist darauf hin, daß aus dem Handlungsrahmen beispielsweise 200 Millionen DM für die Mitfinanzierung der Fachhochschule Gelsenkirchen bereitgestellt worden seien. Wenn man einen solchen Beschluß fasse, fließe das Geld dafür selbstverständlich nicht gleich am nächsten Tage ab.

Die Landesregierung gebe nicht, wie Abgeordneter Dr. Busch wieder behauptet habe, pauschalierte Subventionen an Unternehmen - wenn man einmal von der Kohlesubventionierung absehe -, sondern betreibe Projektfinanzierung etwa im Rahmen der Technologiepolitik. Ansonsten sei er gern bereit, im Rahmen der Haushaltsberatungen noch einmal die Unterteilung zwischen wirtschaftsnaher Infrastruktur und projektorientierter Mitfinanzierung von Unternehmensvorhaben zusammenzustellen.

Was die Verbundprojekte betreffe, so habe er vorhin die Zielrichtung darzulegen versucht und dabei an die Landesinitiative mit den Bergbauzulieferern erinnert. Gegenwärtig sei man in Gesprächen mit den Automobilzulieferern, wie man dort solche Verbünde und Kooperationen in die Praxis umsetzen könne. Es gehe darum, von der direkten Zuschußgewährung an Unternehmen für Projekte zu Kooperationen zu kommen, indem sich etwa eine Reihe von Mittelständlern zu einem Pilotprojekt zusammenfänden und Überlegungen anstellten, wie sie als Systemanbieter auftreten könnten.

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
41. Sitzung

29.09.1993
the-hu

Dabei spiele auch eine Rolle, ein wenig Gegenmacht gegenüber den mächtigen Automobilproduzenten zu mobilisieren, die die mittelständische Wirtschaft teilweise in einem schon beängstigenden Maße ausspielten. Als für den Mittelstand verantwortliche Minister wolle er nicht tatenlos abwarten, bis Tausende von mittelständischen Unternehmen aus dieser Branche ausscheiden müßten, weil sie sich nicht mehr durchsetzen könnten.

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.) betont, daß, wenn man den Haushalt an den Worten des Ministers von dem "mittelfristig orientierten Investitionshaushalt" messe, er diesen Ansprüchen nicht gerecht werde. In Wirklichkeit nehme der Landeshaushalt 1994 um rund 4 % zu, während der Haushalt des Wirtschaftsministers um 17 bis 18 % abnehme. In der dramatischen Situation, in der sich auch die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen befinde, würden ausweislich der Übersicht auf Seite 7 des Haushaltsplanentwurfs die Investitionen im nächsten Jahr um 330 Millionen und die Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke um 233 Millionen DM gekürzt, während nur die Personal- und die sächlichen Verwaltungsausgaben zunähmen.

Dies reiche ihm als Antwort der Landesregierung auf die augenblickliche wirtschaftliche Situation im Lande nicht aus.

Diese Ausführungen, so erwidert **Minister Einert**, seien objektiv falsch; sie seien reine Polemik. Als Finanzpolitiker sollte man wissen, daß die Baransätze stets im Zusammenhang mit den Verpflichtungsermächtigungen zu betrachten seien. Er rede nicht, wie es der F.D.P.-Abgeordnete getan habe, über Haushaltstechnik, sondern über Politik.

Abgeordneter Stüber (SPD) bittet darum, sich in der heutigen Aussprache nicht in "buchhalterischer Besserwisseri" zu verzetteln, sondern sich konkret darüber zu unterhalten, was man politisch wolle.

Zunächst einmal sei klar, daß man in der gegenwärtigen dramatischen Lage auch auf Zusammenarbeit angewiesen sei. In dem Zusammenhang sei ohne jede Parteipolemik festzustellen, daß einige Ansprüche des Landes Nordrhein-Westfalen an Bonn - wie auch Ansprüche anderer Länder an Bonn - nicht erfüllt worden seien und vom Land allein nicht ausgeglichen werden könnten.

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
41. Sitzung

29.09.1993
the-hu

Unstrittig sei sicher auch, daß ein Sparhaushalt aufgestellt werden müsse. Der Haushalt des Bundeswirtschaftsministers nehme trotz der gewaltigen Ausgaben für die deutsche Einheit sogar um 10 % ab.

In der Tat nehme auch der Wirtschaftshaushalt des Landes ab. Wenn man jedoch berücksichtige, daß darin die auslaufenden Programme oder Programmteile - ZIM, RESIDER, RECHAR - enthalten seien, komme man zu ganz anderen Zahlen.

Entscheidend sei jedoch, wie es mit den Verpflichtungsermächtigungen aussehe, die immerhin verdoppelt würden. Dies sei wesentlich, um arbeiten zu können.

Der Handlungsrahmen für die Kohlegebiete sei bekanntlich eines der schwierigsten Felder. Ein anderes Problem seien die Fragen des Grundstücksrecycling. Die Grundstücke vor Ort würden eben nicht innerhalb weniger Wochen bewilligungsreif. Schon von daher beantworte sich die Frage, warum die Mittel nicht abgeflossen seien.

Er appelliere an alle, auf dem politischen Feld zu bleiben und nicht mit Zahlenoperationen eine Stimmung zu schaffen, die nicht richtig und nicht nützlich sei.

Leitender Ministerialrat Lang (MWMT) zählt noch einmal die Programme auf, deren Auslaufen bzw. Ansatzminderung im wesentlichen zu dem Ausgabenrückgang um 561 Millionen DM führe: ZIM, GA Montanregionen, RESIDER, Ziel 2, RECHAR, Kokskohlenbeihilfe, REN-Programm.

Trotzdem, so hält **Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.)** dem entgegen, stimme seine Feststellung, daß die Landesregierung auf die augenblickliche wirtschaftliche Situation damit antworte, daß sie die Investitionen und Zuweisungen ganz erheblich kürze und somit aus finanziellen Gründen keine eigenen Gestaltungsmöglichkeiten habe.

LMR Lang (MWMT) macht deutlich, daß von dem Ansatzrückgang um rund 560 Millionen DM etwa die Hälfte Bundes- bzw. EG-Mittel seien, daß also nur etwa 300 Millionen DM das Land beträfen, wo sich das Land zurückziehen müsse beziehungsweise die Programme ausliefern.

Dieser Minderung um 300 Millionen DM stehe allerdings ein Programm mit einem Volumen von 1,9 Milliarden DM gegenüber, wovon 1,5 Milliarden DM im Wirtschaftshaushalt als Baransätze und Verpflichtungsermächtigungen, wenn auch für

einen mittelfristigen Zeitraum bis 1997/98, veranschlagt seien. Zudem lasse sich die Reduzierung der Landesmittel auf 200 Millionen DM zurückrechnen, wenn man berücksichtige, daß zur Anfinanzierung des neuen Programms in den Haushalt 1994 100 Millionen DM eingestellt worden seien.

Abgeordneter Meyer (CDU) betont, daß die sogenannten "neuen Programme" - Seite 14 des Einführungsberichts Vorlage 11/2415 - ganz einfach Fortsetzungsprogramme seien. Schon im letzten Jahr sei bekannt gewesen, daß ein Teil der mit dem Bund beziehungsweise der EG gemeinsam durchgeführten Programme in diesem Jahr nicht wieder auftauchen würden. Dies sei nicht die Begründung für den Rückgang im Wirtschaftshaushalt.

Die Wahrheit sei, daß das Land inzwischen in der schlimmen Lage sei, von Brüssel am "goldenen Zügel" geführt zu werden, wie es seinerseits mit seinen Programmen die Gemeinden am "goldenen Zügel" geführt habe. Die Gemeinden hätten auch ihre Vorhaben danach ausgerichtet, wofür sie etwas vom Land bekommen könnten. So seien, bis auf einen ganz kleinen Bereich, auch alle programmatischen Aktivitäten im Wirtschaftshaushalt von Europa vorgegeben.

40 % der Ausgaben des Wirtschaftshaushalts seien durch die Verpflichtungen gegenüber dem Bergbau festgelegt. Der restliche Teil nehme innerhalb von zwei Jahren um 40 % ab, und von dem, was dann übrigbleibe, sei der größte Teil durch EG-Programme gebunden. Diese Fakten sollte man zumindest hier im Ausschuß nicht leugnen. Dabei bestreite er zunächst einmal gar nicht, daß der Minister versuche, mit dem, was ihm verbleibe, vom Ansatz her eine vernünftige Politik zu betreiben.

Abgeordneter Stüber (SPD) stellt fest, daß die jetzt auslaufenden Programme abgeschlossen seien, daß alle darin enthaltenen Maßnahmen bewilligt seien. Wenn man dem zustimme, dann treffe es auch zu, daß die neuen Programme mit "fresh money" neue Gestaltungsmöglichkeiten böten. Insofern sei die politische Gestaltungskraft durch diesen Haushalt gestärkt worden, und zusammen mit den um 100 % gestiegenen Verpflichtungsermächtigungen bedeute dies einen wesentlichen Fortschritt gegenüber bisher.

Es treffe auch nicht zu, daß das Land durch die EG-Programme am "goldenen Zügel" geführt werde. Bei den Programmen, bei denen das Land die Ko-Finanzierung übernehme, gebe es schon eine ganze Menge politischer Handlungsmöglichkeiten, wie es sich in der Vergangenheit bei Ziel 2 erwiesen habe und sich auch künftig bei Ziel 4 zeigen werde, das allerdings beim MAGS ressortiere.

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
41. Sitzung

29.09.1993
the-hu

Was Abgeordneter Stüber (SPD) vorgetragen habe, hätte nach den Worten des **Abgeordneten Meyer (CDU)** zur Voraussetzung, daß sich die neuen Programme nicht nahtlos den vorhergehenden anfügten, sondern daß mit ihrer Abarbeitung jetzt erst begonnen würde. Ein Großteil der Mittel aber, die im kommenden Jahr und danach zur Verfügung stünden, seien durch Zusagen in irgendwelchen Strukturkonferenzen und durch Zugeständnisse bei den regionalen Entwicklungskonzepten bereits festgelegt. Deshalb handele es sich hierbei um nichts anderes als um das Abarbeiten von Zusagen, die der Minister vor Ort schon gegeben habe und die auch nichts anderes als die Projekte aus den Vorjahren beinhalteten.

Wenn Abgeordneter Stüber (SPD) das Flächenrecycling angesprochen habe, dann gebe er zu bedenken, daß die Politik selbst daran schuld sei. So gebe es kaum vernünftige Prioritätenlisten, und zur Aufbereitung würden Industriebranchen ohne Rücksicht darauf angeboten, ob auf ihnen in den nächsten Jahren etwas geschehen könne oder nicht.

Aus seiner Heimatregion wisse er, daß die Schachanlage Radbod als **Priorität Nummer eins** angeboten werde, obwohl bekannt sei, daß sie in den nächsten vier Jahren nicht nutzbar sein werde. In einem solchen Fall müßte die Landespolitik darauf bestehen, daß Flächen angeboten würden, die der Region jetzt sofort helfen könnten. Nichts dergleichen geschehe jedoch. Statt dessen werde wegen der Haushaltsknappheit bejubelt, wie vernünftig die Leute vor Ort seien, daß sie keinen Vorschlag machten, der in den nächsten fünf Jahren kassenwirksam werden könnte.

Staatssekretär Krebs (MWMT) erläutert, wie EG-Programme behandelt würden und welchem stringenten Kontrollmechanismus sie unterlägen: Zunächst müsse ein Entwicklungskonzept vorliegen; die regionalen Entwicklungskonzepte aus NW würden inzwischen dem entsprechenden Paragraphen der EG-Vorschriften gerecht. Daraufhin sei ein operationeller Plan zu erstellen, der die Maßnahmenfelder im einzelnen benennen müsse. Daraus würden die Projekte abgeleitet, die dann finanziert würden. Dann werde in einem Evaluationsbericht bis in das einzelne Projekt hinein nachgewiesen, wie das Programm abgewickelt worden sei.

Ziel 2, RECHAR, RESIDER als die Hauptprogramme unterlägen also einer definierten Programmgestaltung, Programmaufstellung, Programmabwicklung und Programmkontrolle der EG bis auf den letzten Pfennig.

Das neue Ziel-2-Programm habe modifizierte inhaltliche Ansätze, auch wenn sie nicht grundsätzlich anders seien, weil sich auch die grundsätzliche Strategie des Struktur-

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
41. Sitzung

29.09.1993
the-hu

wandels in Europa nicht geändert habe: Es habe sich nicht geändert, auf mittelständische Unternehmen zu setzen; es habe sich ferner nicht geändert, den Technologietransfer zu organisieren, und es habe sich auch nicht geändert, Entwicklungsagenturen zur Mobilisierung von Flächen zu finanzieren. Ändern würden sich teilweise die Größenstrukturen, die Stärke, Verbundkooperationen - alles das, was man ohnehin mit allen Regionen Europas diskutiere und was man auch in die eigene Philosophie übernehme.

Es gebe keinen Anspruch des Landes darauf, daß RECHAR, RESIDER oder Ziel 2 wieder auftauchen. Der Minister habe bereits darauf hingewiesen, daß man die einzelnen Ansätze im Detail noch gar nicht kenne. Man habe vielmehr aus den bisherigen Kategorisierungen der EG-Haushalte und nach internen Gesprächen in Brüssel abgeleitet, was man bekommen werde, und dargelegt, welche Schwerpunkte man haben wolle. Insofern handele es sich im Grunde um einen klar abgrenzbaren Rahmen.

Wenn Abgeordneter Meyer (CDU) die Schachanlage Radbod angesprochen habe, dann gebe er zu bedenken, daß mit allen Regionen des Handlungsrahmens Gespräche über ihre Prioritätensetzungen und deren Realisierbarkeit geführt würden. Bei Radbod gehe es auch darum, wie schnell die Anlage aus der Bergaufsicht entlassen werden könne, was bekanntermaßen mit Problemen verbunden sei. Deshalb spreche man in diesem Fall mit der Region Dortmund/Unna/Hamm, ob diese Prioritätenlinie richtig oder möglicherweise eine andere besser sei.

Dies geschehe mit Hilfe der Entwicklungsagentur, die dafür eingerichtet und auch aus EG-Mitteln finanziert worden sei, weil die EG Managementqualitäten verlange, um derartige Veränderungen in den Regionen herbeizuführen.

An diesem hochkomplizierten Prozeß aller verantwortlichen öffentlichen und privaten Träger sei das Land moderierend beteiligt. Bis dann einzelne Projekte so reif seien, daß die Mittel dafür systematisch abfließen könnten, vergehe eine Phase, die man einfach als Realität des Lebens so in Kauf nehmen müsse.

Er verstehe, daß vieles von dem, was an Verhandlungen und an Begradigung von Schwierigkeiten vor Ort geschehe, hier nicht transparent und nachvollziehbar sei. Dies könne man aber auch nicht durch Berichte transportieren. Den Ausschuß hier erreichten letztlich nur Erfolgszahlen, die überhaupt nichts von dem diesen Ergebnissen vorhergehenden Prozeß vermittelten.

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
41. Sitzung

29.09.1993
the-hu

Deswegen bitte er, bei diesen Diskussionen nicht aus dem Auge zu verlieren, was real im Strukturwandel stattfindet, dieses Abbild des Strukturwandels in die Diskussion einzubringen und sich nicht ausschließlich auf "saldenmechanische Betrachtungen" zu konzentrieren.

- - -

Wegen der Ankündigung des Abgeordneten Meyer (CDU), daß seine Fraktion wahrscheinlich Anträge dazu stellen werde, kommt der **Ausschuß** überein, den **Personalhaushalt** nicht schon heute, sondern erst in der **nächsten Sitzung** abschließend zu behandeln. - Da zur Sitzung am 20. Oktober 1993 der Präsident der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie sowie ein Vertreter der IG Metall Düsseldorf zum Thema "Aktuelle Situation in der Stahlindustrie" geladen worden sind und ihre Teilnahme zugesagt haben, sollen die Haushaltsberatungen möglicherweise auf die Sitzungen am 3. und 24. November konzentriert werden, um am 20. Oktober 1993 ab 12 Uhr ausreichend Zeit zur Diskussion mit den geladenen Gästen zu haben.

gez. Mernizka
Stellv. Vorsitzender

29.10.1993 / 03.11.1993